

**Mai-Empfang
DGB Cloppenburg
10.5.2012**



Jun.-Prof. Dr. Andreas Eis
Professur für Didaktik der Politischen Bildung
andreas.eis@uni-oldenburg.de



Ahnungslose Parlamentarier, einflussreiche Lobbyisten? Die Rolle nichtstaatlicher Akteure in der Eurokrise

Der soziale und politische Druck steigt – und dies hat seine Ursachen auch und gerade in der Veränderung von Kräfteverhältnissen auf europäischer Ebene. Ich möchte in meinem Vortrag mit Ihnen über *mögliche Gründe* nachdenken für die Zunahme von Bürgerprotesten, für ein schwindendes Vertrauen in die etablierten Parteien, für sinkende Wahlbeteiligung und für das Entstehen neuer sozialer Bewegungen.

Wer trifft tatsächlich die Entscheidungen in Europa? Hat die Politik ihre Handlungsfähigkeit gegenüber den Finanzmärkten wiedergewonnen? Welche Rolle bleibt den Bürgerinnen und Arbeitnehmern in der europäischen Demokratie? Macht es überhaupt noch Sinn, von einer *parlamentarischen* Demokratie zu sprechen? Oder sind wir längst in der *postparlamentarischen* Expertendemokratie angekommen?

Ich möchte am Beispiel der Eurokrise einige beunruhigende Hinweise auf Krisenerscheinungen der Demokratie darstellen. Nicht alle Menschen (zumal in Deutschland) spüren die Auswirkungen der Krise in gleicher Weise. Dennoch ist die derzeitige Vielfachkrise Ausdruck einer demokratischen Strukturkrise. Aber (wie jede dramatische Entscheidungssituation) bietet die Krise auch Gelegenheiten für gesellschaftliche Lernprozesse und neue Gestaltungsräume.

Politische Alternativen kommen nicht nur aus den Parlamenten. Seit 40 Jahren liegen die Pläne für eine Tobin-Steuer vor. Das Netzwerk Attac griff den Vorschlag von James Tobin 26 Jahre später wieder auf und gründete sich (1998) mit dem Ziel, die Einführung einer weltweiten Steuer auf Devisen- und Börsengeschäfte als eine „*Solidaritätssteuer*“ durchzusetzen, zur *Gegenfinanzierung* von Entwicklungsprojekten und zur *demokratischen Kontrolle der Finanzmärkte*. (Mittlerweile hat Attac, nach eigenen Angaben, weltweit 90.000 Mitglieder und agiert in 50 Ländern.) Heute wird in nahezu allen Parteien über eine Finanztransaktionssteuer als eine mehr oder weniger ernst zu nehmende Option wenigstens *diskutiert*. Und mittlerweile hat die EU-Kommission auch einen weitreichenden Gesetzesentwurf ausgearbeitet. Dies lässt immerhin weiter auf die *Lernfähigkeit politischer Akteure* und demokratischer Systeme *hoffen*. Und mit der Unterstützung des neuen französischen Präsidenten François Hollande könnte die EU-Vorlage für eine Finanztransaktionssteuer vielleicht doch neue Aussichten auf eine mögliche Umsetzung im Gesetzgebungsprozess finden, ebenso wie nun auch der Finanzpakt noch einmal nachverhandelt werden muss.

Ich werde auf drei Punkte eingehen: Zunächst frage ich nach den Anlässen und Ursachen für Bürgerproteste und Demokratieentfremdung. Wo liegen die Defizite: in der Politik oder in der Politischen Bildung? Im zweiten Schritt werden wir uns die Entscheidungsprozesse zum Eurorettungsschirm anschauen. Dabei geht es um die Frage des Machtverlustes der Parlamente. Abschließend möchte ich einige Auswirkungen für die Demokratie in Europa und die Rolle der Bürger_innen zusammenfassen.

1 Wutbürger und Demokratieentfremdung in Europa: Defizite der Politik oder der Politischen Bildung?

Die Ereignisse zum 1. Mai geben immer wieder Anlass darüber nachzudenken, wie (und ob überhaupt) Jugendliche ihre politischen Interessen ausdrücken. Geht es den Kreuzberger Bürgern und Touristen um Party, um Randalen oder tatsächlich um politische Aktionen (oder ist das für einige tatsächlich dasselbe)? Aus welchen Motiven kommen Jugendliche zur Mai-Party am Drögen Hasen oder zum „Rockkonzert gegen Rechts“ nach Oldenburg? Wann bleiben Bürger entfremdete Zuschauer, wann werden sie zu politischen Akteuren?

Vor einigen Jahren waren viele Jugendliche in Deutschland noch recht optimistisch, wenn sie nach Europa und ihren Perspektiven im Binnenmarkt befragt wurden (Eis 2010). In Frankreich und Griechenland – mit traditionell sehr hoher Jugendarbeitslosigkeit – sah das auch vor der Krise schon etwas anders aus, als dort in den Vorstädten die Gewalt explodierte. Inzwischen gehen in allen Großstädten Menschen auf die Straße und besetzen Plätze, weil sie nicht mehr wissen, wie es weitergeht, in einem Staat mit leeren Kassen und immer neuen Rettungspaketen für Banken und verschuldete Staaten.

Nicht nur die Finanz- und Wirtschaftskrisen der letzten Jahre geben Anlässe für zahlreiche Bürgerproteste. Bereits 2005 explodiert die Gewalt unter perspektivlosen Jugendlichen in den Pariser Vorstädten. Der damalige Innenminister Sarkozy wollte die Straßen „mit dem Hochdruckreiniger“ säubern. Zum sozialen Ausgleich hat er auch als Präsident wenig beigetragen. In Griechenland kommt es 2008 zu schweren Ausschreitungen, nachdem ein 15-jähriger Demonstrant von einem Polizisten erschossen wird.

In der Regel führen Bürgerproteste jedoch nicht zur Gewalteskalation und manchmal sind sie durchaus auch erfolgreich. Der Streit um die *Dienstleistungsrichtlinie* der EU mobilisiert 2006 Zehntausende Kolleg_innen in Straßburg und Brüssel. Nach einer *unglaublich engagierten Kampagne* musste die Richtlinie nachgebessert werden (Ziellandprinzip, statt Herkunftsland für angebotene Dienstleistungen), auch wenn dies den *Unterbietungswettbewerb* um die niedrigsten Lohnkosten in Europa letztlich nicht aufhalten konnte.



Foto: DGB

50.000 Kolleg_innen demonstrieren 2006 in Straßburg gegen die Dienstleistungsrichtlinie

In Deutschland und Österreich treten Schüler_innen in den *Bildungsstreik* gegen Lehrermangel, Turbo-Abi und eine 50-Stunden Arbeitswoche für Minderjährige. Studierende besetzen wochenlang die Hörsäle, um für die Abschaffung oder gegen die Erhöhung von Studiengebühren sowie gegen Kürzungen im Bildungsetat (bei gleichzeitig steigenden Studierendenzahlen) zu protestieren. In *Stuttgart* hielten die Bürger_innen ihre Proteste und politischen Kämpfe fünf Jahre lang mit unablässigem Druck aufrecht, bis der 2007 *abgelehnte Bürger-*

entscheid zum Projekt des unterirdischen Bahnhofs von einer grün-roten Regierung am 27.11.2011 dann doch noch nachgeholt wurde.

Seit dem ersten Zusammenbruch der Finanzmärkte gehen in nahezu allen Großstädten Menschen auf die Straße. Sie protestieren gegen das *Versäumnis der Politik, die Märkte zu regulieren*, und gegen die auferlegten *Sparmaßnahmen in sozialen Bereichen*, während gleichzeitig Steuern gesenkt und unvorstellbare Summen zur Rettung der Banken bewilligt werden. Hunderttausende protestieren in London, Madrid, Paris, Frankfurt und natürlich auch in New York gegen die Macht der Finanzmärkte und gegen Politiker_innen, die noch vor wenigen Jahren *Entscheidungen zur Öffnung und Deregulierung der Märkte* durchsetzten. Weiterhin sind bislang wirksame Reformen, wie die Einführung einer Steuer auf Spekulationsgewinne oder die konsequente Trennung von Investitions- und Geschäftsbanken politisch nicht durchsetzbar. Regierungen in Spanien, Griechenland und Italien müssen im Zuge der Proteste zurücktreten. Jedoch schenken viele Menschen in Ländern mit bis zu 40% Jugendarbeitslosigkeit auch den Oppositionsparteien nicht eben großes Vertrauen (wie wir im Moment in Griechenland sehen können).

Gleichzeitig werden überschuldete Länder und Kommunen zahlungs- und somit auch handlungsunfähig – und dies nicht zuletzt, weil viele von ihnen selbst auf Spekulationsgewinne gehofft hatten (vgl. die Anhörung von Sachverständigen im Finanzausschuss des Bundestages zu Zins-Swap-Geschäften deutscher Banken mit Gemeinden am 6.4.2011; Deutscher Bundestag 2011: Protokoll 17/48). Auch Kommunen und Landespolitiker haben sich am Handel mit risikoreichen Derivaten beteiligt oder öffentliche Einrichtungen (wie Stadtwerke, Krankenhäuser, den Öffentlichen Nahverkehr) gleich privatisiert, um ihre Haushalte auszugleichen. Und mit diesen Strategien sollen jetzt auch Griechenland und Spanien saniert werden. – Viele Sozialwissenschaftler beschreiben eine *strukturelle Vielfachkrise des nationalen Wettbewerbsstaates* (Demirovic u.a. 2011). Claus Leggewie spricht bereits von der Suche nach einem „neuen Gesellschaftsvertrag für alle“ (2011, 132).

Verdrossen sind nicht nur die Ahnungslosen!

Aber es gibt auch einige Sozialwissenschaftler, die dafür argumentieren, dass der eigentliche „Schwachpunkt unserer Demokratie: die Bürger“ seien (Patzelt 2009, 12). „Politikfern sind die Ahnungslosen“ (ebd.), meint der Politikwissenschaftler Werner Patzelt aus Dresden. Die Bürger_innen würden sich für Politik nicht annähernd so viel interessieren wie für den Kauf eines neuen Autos oder eines I-Phones. Diese Diagnose beschrieb bereits zu Beginn des 20. Jahrhundert Joseph Schumpeter mit der Empfehlung, man möge doch konsequenterweise die politischen Entscheidungen den Experten und entsprechenden Fachausschüssen überlassen (Schumpeter 1950, 401ff., 428ff.). Heute werden für die Begründung der Expertendemokratie empirische Studien herangezogen, die belegen sollen, dass die meisten Leute keine Ahnung hätten und ihr eigenes politisches System nicht verstünden. Deshalb hätten sie auch zu hohe Erwartungen, würden den Staat lediglich als Dienstleister betrachten und von den

Ergebnissen des normalen parlamentarischen Prozesses notwendig enttäuscht werden (Patzelt 2009).

Wenn Patzelt von einem „latenten Verfassungskonflikt“ spricht (1998), dann verbindet er damit eine „Bürgerschaft mit ihren fossilisierten Vorurteilen, durch Halbbildung überwucherten Wissenslücken und einem bloß aufgesetzten Begehren nach politischem Engagement“ (2009, 13). Der Verfassungskonflikt bestehe also in der mangelnden Unterstützung und dem fehlenden Vertrauen der Bürger_innen in die politischen Institutionen, die nach Patzelt sehr gut funktionieren. Bürgerproteste seien nach dieser Logik eine Flucht aus der Verantwortung. Die Protestbürger weigerten sich, durch langfristige Bindungen an Verbände und Parteien in mühevoller Kleinarbeit die eigenen Interessen nicht nur als Parolen auf Plakate zu schreiben oder an Wände zu sprühen, sondern auch als konstruktive Vorschläge in den Prozess der Willensbildung einzubringen.

Eine derartige Defizit-Orientierung scheint auch in der Politikdidaktik an Bedeutung zu gewinnen. Vor zwei Jahren widmete sich eine Konferenz der Politischen Bildung dem Thema: „Bürger auf Abwegen?“ (Frech/Juchler 2011). Im Mai 2012 ruft der Bundeskongress der Politischen Bildung in Berlin dagegen bereits das „Zeitalter der Partizipation“ aus (oder versucht dieses wenigstens in Workshops zu simulieren). Ich halte beide Diagnosen für verfehlt und den eigentlichen Problemen kaum angemessen.



Die sozialen und strukturellen Ursachen für die Defizite demokratischer Legitimation kommen hier selten in den Blick. Angesichts der jahrelangen Auseinandersetzungen um Stuttgart 21, um die Dienstleistungsrichtlinie oder die Schulreform in Hamburg ist es völlig abwegig, allein bei den Bürger_innen die Schuld für eine Krise der Demokratie zu suchen. Einige der *vermeintlichen Fehlkonzepte* der Bürger_innen, wenn sie sich z. B. nicht mehr sicher sind, ob wir tatsächlich noch in einer funktionierenden parlamentarischen Demokratie leben, landen mitunter auch als Beschwerde vor dem Bundesverfassungsgericht (und das ausgerechnet unter der Federführung des CSU-Politikers Peter Gauweiler). Im Urteil zum *Lissabon-Vertrag* wurden klare Grenzen gezogen, die das Gericht einer Übertragbarkeit der Kernbereiche nationaler Souveränität an die EU gesetzt hat. Nach Urteil des BVerfG verstieß nicht der EU-Vertrag, aber das deutsche Begleitgesetz teilweise gegen das Grundgesetz (BVerfG, 2 BvE 2/08 vom 30.6.2009). Im Falle des nun geplanten *Fiskalpaktes* könnte eine erfolgreiche Klage diesmal nicht ausgeschlossen sein, sodass auch in Deutschland nach Art. 146 GG über eine *substantielle Änderung* und damit eine *neue Verfassung* das Volk selbst entscheiden müsste.

Natürlich kennen viele Bürger_innen nicht die Details parlamentarischer Abläufe und Zuständigkeiten. Gelegentlich räumen allerdings auch prominente Abgeordnete ein, dass sie eigentlich nicht wissen, worüber sie abstimmen. Oder das Bundesverfassungsgericht muss den Bundestag ausdrücklich daran erinnern, dass er sein Haushaltsrecht nicht an ein Sondergremium delegieren kann, wenn es um milliarden schwere Entscheidungen des Euro-Rettungsfonds geht (BVerfG, 2 BvE 8/11 vom 27.10.2011).

2 Alternativlose Eilentscheidungen in der Eurokrise: Machtverlust parlamentarischer Institutionen?



In den vergangenen Monaten wurden folgenschwere finanzpolitische Entscheidungen in *nicht-öffentlichen Verhandlungen* zwischen den Regierungen der Eurozone, Interessenvertretern europäischer Großbanken und dem Internationalen Währungsfonds (IWF) ausgehandelt. Die demokratische Legitimation dieser deliberativen Verfahren ist trotz einer gleichzeitigen parlamentarischen Bestätigung höchst problematisch. Das Beispiel der Eurokrise steht sowohl für eine Stärkung der Exekutiven in Krisenzeiten als auch für die Frage nach den politischen Einflusswegen von Lobbyisten und nichtstaatlichen Akteuren. Nicht zuletzt geht es aber auch um das Problem, wie viel Handlungsfähigkeit Parlamenten (auf nationaler und europäischer Ebene) überhaupt noch bleibt, angesichts leerer Kassen, hoher Schuldenstände und dem drohenden eigenen Machtverlust.

Ende Oktober 2011 trafen sich die Staats- und Regierungschefs der Eurogruppe mit dem Internationalen Bankenverband und dem IWF. In einer *zehnständigen Sitzung* einigten sie sich auf einen Schuldenschnitt, um den drohenden Staatsbankrott Griechenlands abzuwenden. Den Gläubigern wird der Umtausch ihrer griechischen Staatsanleihen in neue Papiere zum halben Wert angeboten, die dann von der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF, „Europäischer Rettungsschirm“) abgesichert werden. Gleichzeitig sollte die Finanzkraft des Rettungsschirms durch den Mechanismus eines „Hebels“ um ein Vielfaches erhöht werden. Wie verlief der Prozess der Willensbildung? Und was bedeutet dieser Hebel?

Einige Wochen zuvor hatte das Bundesverfassungsgericht die Mitwirkung des Bundestages bei haushaltsrelevanten Entscheidungen zum Eurorettungsfonds angemahnt. Die erneute Aufstockung des Hilfsfonds darf nicht allein von einem neun-köpfigen Sondergremium von Delegierten des Haushaltsausschusses beschlossen werden (dagegen hatten zwei Bundes-

tagsabgeordnete vor dem BVerfG geklagt; BVerfG, 2 BvE 8/11). Die erneute Eilentscheidung im Bundestag wird am 26. Oktober zeitgleich zu den Beschlüssen auf europäischer Ebene mit großer Mehrheit angenommen.

Grundlage der Entscheidung war laut SPD-Fraktionsvorsitzenden Frank-Walter Steinmeier ein lediglich dreiseitiges Positionspapier der Bundesregierung, das die *Zielrichtung* des Hebels, nicht aber dessen *Wirkungsweise*, geschweige denn seine *möglichen Risiken* skizzierte. Von einer „umfassenden öffentlichen Diskussion“, auf die die Kanzlerin in ihrer Rede verwies, konnte aus Sicht der Kritiker nicht die Rede sein. Auch einige Abgeordnete der Regierungskoalition verweigerten die Zustimmung. – Vielleicht sollten wir an dieser Stelle auch an den Versuch der Bundestagsfraktionen (außer den Grünen und der Linken) vor einigen Wochen erinnern, das Rederecht für Abweichler in ihren eigenen Reihen durch eine *Änderung der Geschäftsordnung* zu beschneiden. Es gibt offensichtlich viele Wege, wie die Parlamentarier ihre eigenen Kompetenzen beschneiden. Glücklicherweise war die öffentliche Empörung groß genug, sodass auch weiterhin im Bundestag, auch *innerhalb* der Fraktionen *öffentlich* widersprochen werden darf.

Der bereits erweiterte Rettungsschirm mit einer Kapazität von 440 Mrd. Euro (deutscher Anteil 211 Mrd.) wird nach Einschätzung von Finanzexperten weder die Märkte langfristig stabilisieren noch die Spekulationen gegen weitere Eurostaaten verhindern können. Die neuen Bürgschaften sollten nicht zuletzt *französische und deutsche Banken* wieder einmal vor einer Insolvenz durch deren Verluste aufgrund der entwerteten griechischen Staatsanleihen schützen. Es stellt sich die Frage, inwiefern Beschlüsse tatsächlich unaufschiebbar und alternativlos sind bzw. auf welcher sachlichen Grundlage sich die Willensbildung der Parlamentarier vollzieht. Musste der Bundestag lediglich im Nachhinein eine bereits getroffene, zwischen den Exekutiven der Euroländer, Finanzexperten und den Banken ausgehandelte Vereinbarung formal absegnen, ohne selbst in der Lage zu sein, sich ein *eigenständiges Urteil* zu bilden?

Um den Rettungsfonds weiter aufzustocken, sollte mithilfe einer „Hebelung“ nur ein kleinerer Teil von ca. 20 % durch die Bürgschaft abgesichert werden, damit aber ein Vielfaches des Gesamtvolumen mobilisiert werden können. Wie dieser Hebel genau ausgestaltet werden sollte und welche Auflagen Banken im Gegenzug erfüllen müssten (z. B. die Erhöhung der Kernkapitalquote auf 9%), konnte zum Zeitpunkt der Entscheidungen noch nicht geklärt werden. Spitzenpolitiker räumen Informationsdefizite ein und sind mit der Schnelligkeit der Entscheidungen überfordert. Steinmeier erklärt wenige Momente, bevor er dem neuen Instrument im Bundestag zustimmt, dass er die Konsequenzen nicht abschätzen könne:

„Ich verstehe mittlerweile, was eine Versicherungslösung ist. Ja, ich könnte sie mittragen. Aber ich müsste die zweite Option, von der die Rede ist, wenigstens verstehen, um mir ein Urteil zu bilden: Ist das ein Fonds mit einer internationalen Beteiligung, oder was bedeutet diese Investmentlösung? Bedeutet das etwa, dass wir jetzt in den Handel mit Produkten ein-

steigen, die wir doch eigentlich verbieten wollen?“ (Protokoll der Plenarsitzung vom 26.10.11.)

Natürlich kann dieses ungewöhnlich freimütige (und durchaus auch mutige) Eingeständnis in die eigene Ahnungs- und Ratlosigkeit eines Spitzenpolitikers auch taktisch interpretiert werden. Die SPD stimmt einer riskanten Vorlage zu, die nicht maßgeblich von ihr ausgehandelt und eingebracht wurde. Der Fraktionsvorsitzende wirft der Bundesregierung und ihren Beratern mangelnde Informationspolitik vor und rechtfertigt sich gleichzeitig für eine quasi aufgezwungene, möglicherweise folgenschwere (mögliche Fehl)Entscheidung.

Lobbyismus: Der Einfluss nichtstaatlicher Akteure

Parlamentarier sind auf externes Fachwissen angewiesen. (Dies gilt umso mehr für Europaparlamentarier, die keinen Zugriff auf einen eigenen wissenschaftlichen Dienst haben.) Lobbygruppen und Verbände versuchen nicht nur ihre Interessen in der Gesetzgebung wirksam einzubringen, sondern stellen gleichzeitig eine wichtige Informationsquelle für die Entscheidungsträger dar. Natürlich sollten sachgerechte Problemlösungen durch staatliche Institutionen nicht an den Bedürfnissen der Betroffenen vorbei gehen. In Beratungen und Verhandlungen mit privaten und zivilgesellschaftlichen Akteuren sollen (im Idealfall) die von den Entscheidungen Betroffenen *gleiche Chancen* haben, im Prozess der Willensbildung berücksichtigt zu werden. Dies nennt man – unter idealen, fairen Bedingungen eines *herrschaftsfreien Diskurses* – deliberative Demokratie; unter *realpolitischen Voraussetzungen* spricht man dann doch eher von Lobbyismus.

Lobbyismus definieren z.B. Alemann/Eckert als „die systematische und kontinuierliche Einflussnahme von wirtschaftlichen, gesellschaftlichen, sozialen und kulturellen Interessen auf den politischen Entscheidungsprozess“ (2006, 4). Damit ist dieser Begriff natürlich nicht trennscharf vom gemeinnützigen Engagement in sozialen Verbänden und Nichtregierungsorganisationen zu unterscheiden (vgl. Kohler-Koch/Quittkat 2011, 9ff.). Zweifellos machen auch Gewerkschaften und Wohlfahrtsverbände Lobbyarbeit. Jedoch stehen Vertretern der Finanzwirtschaft und Interessensgruppen der Zivilgesellschaft sehr unterschiedliche Ressourcen, Wege der Einflussnahme, Aktionsformen und Machtpotentiale zur Verfügung (Leif/Speth 2006). Von den 15.000 Lobbyisten, die nach Einschätzung von LobbyControl in Brüssel tätig sind, arbeiten immerhin noch etwa 70 % für Einzelunternehmen und Wirtschaftsverbände (www.lobbycontrol.de).



Aktiv für Transparenz und Demokratie



<http://banken-in-die-schranken.de/start/aufruf/>

(Zugriff, 25.5.2012)

Gemeinsamer Aufruf

Banken in die Schranken!

Europa steckt in einer tiefen ökonomischen Krise. Weltweit sind zahlreiche weitere Länder von Ansteckung bedroht. Doch gerettet werden wieder nur die Banken, mit vielen Milliarden an Steuergeldern. Es drohen noch höhere Staatsschulden und weitere Sparprogramme zu Lasten der Armen und der Steuerzahler. Zukunftsinvestitionen in Umwelt und Bildung bleiben auf der Strecke.

Wir sind empört – und wir sind viele. Wir wissen: Die Macht der Banken und Finanzmärkte wurde keineswegs gebrochen – im Gegenteil. Von den Rettungsmaßnahmen profitieren nur wenige und es ist keine Änderung in Sicht!

Was in den letzten Jahren versäumt wurde, muss jetzt endlich nachgeholt werden. Das Wohl der Menschen, nicht der Unternehmen muss wieder im Mittelpunkt der Politik stehen. Darum fordern wir die Bundesregierung auf, auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene für grundlegende Konsequenzen zu sorgen.

Banken entmachten!

Großbanken müssen in kleinere Einheiten aufgeteilt werden, so dass sie ohne Rückgriff auf Steuermittel für ihre Verluste geradestehen müssen. Keine Bank darf so groß sein, dass ihre drohende Pleite die Allgemeinheit erpressbar macht! Das riskante Investmentbanking muss komplett vom normalen Bankgeschäft getrennt werden. Undurchsichtige, spekulative Finanzprodukte gehören verboten, Spekulation mit Agrarrohstoffen darf nicht länger den Hunger in der Welt verschärfen.

Reichtum umverteilen!

Die Profiteure der bisherigen Rettungsschirme müssen endlich angemessen an den Kosten der Krise beteiligt werden. Dazu brauchen wir eine stärkere Besteuerung von hohen Einkommen und Vermögen sowie eine Finanztransaktionssteuer, deren Erträge für Armutsbekämpfung, Klimaschutz oder globale soziale Mindeststandards eingesetzt werden.

Demokratie erkämpfen!

Die Vorherrschaft der Finanzmärkte setzt demokratische Gestaltungsmöglichkeiten außer Kraft. Der übermächtige Einfluss der Finanzlobby muss offengelegt und zurückgedrängt werden. Statt sozialer Spaltung setzen wir uns ein für ein demokratisches, solidarisches Europa.

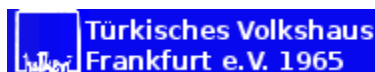
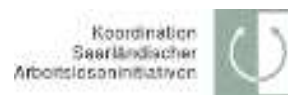
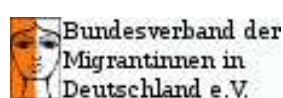
[...]

Mit dem Anhalten der Finanzkrise organisieren sich aber auch immer weitere Protestbewegungen in Netzwerken mit zunehmender Unterstützung bereits etablierter Organisationen, wie Gewerkschaften, Umwelt- und Menschenrechtsgruppen, aber auch religiöser Verbände (vgl. z. B. die Kampagne „Banken in die Schranken“, www.banken-in-die-schranken.de). Es ist also nicht der Fall, dass die Protestbewegungen, die wir immer wieder mit Occupy verbinden, nur Zeltlager und Grillparties veranstalten würden. Die an vielen Protesten beteiligten NGOs arbeiten z. T. seit Jahrzehnten in verschiedensten Bereichen der Zivilgesellschaft¹. Sie vertreten die Interessen von Arbeitnehmern, Schülerinnen, Auszubildenden, Arbeitslosen, Flüchtlingen, Migrantinnen, Umweltverbänden und vielen anderen benachteiligten Gruppen gegen die Dominanz der Finanzmärkte. Ihre Kritik an den jüngsten Beschlüssen richtet sich nicht zuletzt auf die schwindende Macht parlamentarischer Institutionen, die in überschuldeten Staaten für zukünftige Entscheidungen keinen Handlungsspielraum mehr haben.

Banken in die Schranken wird koordiniert von ...



... und unterstützt von:



¹ Das Netzwerk „Banken in die Schranken“ wird z. B. koordiniert von Attac Deutschland, Campact: Demokratie in Aktion und Naturfreunde Deutschland. Unterstützt wird die Kampagne von Terre des Hommes, dem DGB, dem Bundesverband der Migrantinnen in Deutschland, der Katholischen Arbeitnehmerbewegung, der Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen, dem Institut Solidarische Moderne u. v. a. (www.banken-in-die-schranken.de).

Auf EU-Ebene scheiterte die Konsultation von NGOs in *finanzpolitischen* Fragen bislang (anders als z. B. in Fragen des Umwelt- oder Verbraucherschutzes) auch an der fehlenden Expertise und Vernetzung dieser Interessengruppen. Erst seit April 2011 hat sich aus einer Initiative von Europaparlamentariern, Wissenschaftlerinnen, Vertretern von Gewerkschaften und weiterer bereits bestehender NGOs der internationale gemeinnützige Verein *Finance Watch* gegründet (www.finance-watch.org). Er begleitet die europäische Gesetzgebung aus einer finanzmarktkritischen Perspektive und vertritt die Interessen seiner Mitglieder der Zivilgesellschaft, ähnlich wie dies bereits etablierte Organisationen wie *LobbyControl* oder *Attac* seit einigen Jahren leisten.

Diese *Gegenexpertisen* von Verbänden und Sozialwissenschaftlern, die sich nicht dem neoliberalen Paradigma der Volkswirtschaftslehre verpflichtet fühlen, bieten letztlich auch Parlamentariern die notwendigen Argumente und Hintergrundinformationen, um wieder über *Alternativen* abstimmen zu können. Ein anderes Bündnis für gegenhegemoniale Diskurse ist z. B. das *Institut für Solidarische Moderne* (www.solidarische-moderne.de), in dem sich auch viele Gewerkschaftler, Politiker_innen aus mehreren Parteien und etliche Wissenschaftler_innen als „Think Tank“ organisiert haben, um nicht der durch Unternehmerverbände getragenen *Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft* alleine das Feld der gesellschaftspolitischen Meinungsbildung zu überlassen.



In einem aktuellen Memorandum „Für eine Erneuerung der Ökonomie“ positionieren sich über 200 Wissenschaftler_innen und kritisieren sehr deutlich die *Dominanz des wirtschaftsliberalen Paradigmas* an den wirtschaftswissenschaftlichen Fakultäten und Professuren (www.mem-wirtschaftsethik.de/memorandum-2012). Es spricht viel dafür, dass auch sie durch ihre *wissenschaftlichen Expertisen* zur Deregulierung der Märkte und zur aktuellen Krisenentwicklung beigetragen, ohne heute in der Lage zu sein, mögliche Auswege aus der Krise aufzeigen zu können. Auch in der Erstellung von Wirtschaftsgutachten ist die *Abgrenzung von Politikberatung und eigener Interessenpolitik nicht trennscharf*, gleichwohl es immer noch Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler gibt, die behaupten, sie könnten völlig wertfrei forschen.

Memorandum besorgter Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler

Berlin, 13. März 2012

Eine Initiative von Ulrich Thielemann, Tanja von Egan-Krieger und Sebastian Thieme

Mit der nach wie vor anhaltenden Finanzkrise sind auch die Wirtschaftswissenschaften in eine tief greifende Krise geraten.

- Selbst etablierte Fachvertreter wie der Direktor des Hamburgischen WeltWirtschaftsinstituts, Prof. Thomas Straubhaar, plädieren für ein «Ende des ökonomischen Imperialismus» und fordern eine grundlegende «Erneuerung der Lehre», das heißt eine Abkehr vom derzeit vorherrschenden Kernparadigma als der einzig legitimen Perspektive der als wissenschaftlich geltenden Thematisierung des Wirtschaftens. Außerhalb des deutschen Wissenschaftsraums ist man in Sachen der Entwicklung eines «New Economic Thinking» und interner Grundlagenkritik weiter, wofür die Namen prominenter Ökonomen wie etwa Joseph E. Stiglitz, Paul Krugman oder Amartya Sen stehen.
- Einzelne der etablierten Fachvertreter – wie z. B. Dennis Snower, Präsident des Kieler Instituts für Weltwirtschaft – weisen (selbst-) kritisch darauf hin, dass die überwiegende Mehrheit der Volkswirte die Finanzkrise nicht vorausgesehen hat. Im Gegenteil haben sie nach Ansicht vieler Beobachter und auch einiger Fachvertreter die theoretischen Grundlagen für eine krisenverursachende oder -verschärfende Wirtschaftspolitik gelegt. Diese war und ist von der Hypothese der so genannten «Effizienz» der Finanzmärkte getragen sowie von einem Verständnis der «Rationalität» des Handelns, für das der Name Homo oeconomicus steht.
- Überdies haben Ökonomen nach verbreiteter Ansicht einer als «neoliberal» oder «marktkonform» charakterisierten Politik zugearbeitet, die zu wachsenden Einkommens- und Vermögensdisparitäten geführt hat, worin eine weitere Ursache und Dimension der gegenwärtigen Krise erblickt wird. Vereinzelt scheinen diese Empfehlungen von Ökonomen selbst rückblickend als Fehler beurteilt zu werden. [...]
- Bereits seit über zehn Jahren wird vor allem von Studierenden die Realitätsferne der volkswirtschaftlichen Theoriearbeit kritisiert, die durch ihre Mathematisierung vergessen lässt, dass die Wirtschaftswissenschaften nicht den Natur-, sondern den Geistes- und Sozialwissenschaften zuzurechnen sind.
- Verschiedene Fachvertreter beklagen einen Mangel an wissenschaftlichem Streit, das Fehlen einer Streitkultur, wie sie einst selbstverständlich war. [...]

Zu einer Wissenschaft gehört paradigmatische Vielfalt. Derzeit allerdings liegt die als wissenschaftlich anerkannte Thematisierung des Wirtschaftens im exklusiven Zuständigkeitsbereich eines einzigen Paradigmas. Dieses hat sich, in verschiedenen Varianten, der «Fürsprache des Marktes» (Friedrich Breyer) verschrieben. [...]

Wir, die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner dieses Memorandums, möchten die Ökonomen als unsere Kollegen, als unsere Professoren und Lehrer, als Berater von Politik und Unternehmen und als Intellektuelle des öffentlichen Lebens zu paradigmatischer Offenheit ermuntern. Eingeschlossen ist dabei der Wunsch, andere – von der vorherrschenden Lehre abweichende – Sichtweisen aktiv zu fördern sowie das Interesse an und die Offenheit für die Auseinandersetzung mit diesen Positionen zu zeigen, um letztlich auch wieder eine wissenschaftlich redlich geführte Streitkultur zu ermöglichen. Eine Wissenschaft, die mit der Reflexion ihrer eigenen paradigmatischen, einschließlich ihrer normativen Grundlagen abgeschlossen hat, ist nur mehr der Form nach eine Wissenschaft. [...]

Wir fordern die für die Ausrichtung von Curricula zuständigen Instanzen auf, heterodoxe und interdisziplinäre Inhalte in die Lehrpläne aufzunehmen. Hierzu zählt insbesondere auch die Integration von Veranstaltungen, die sich sowohl mit den praktischen Folgen der wirtschaftswissenschaftlichen Theoriebildung als auch mit den paradigmatischen Grundlagen dieser selbst ethisch-kritisch auseinandersetzen.

<http://www.mem-wirtschaftsethik.de/memorandum-2012/das-memorandum/>

Strukturelles Demokratiedefizit und neue Beteiligungsverfahren

Die EU weist ein *strukturelles Demokratiedefizit* auf, das jedoch nicht nur dem institutionellen System, sondern vor allem auch den *Bedingungen europäischer Öffentlichkeit(en)* geschuldet ist (Kohler-Koch/Quittkat 2011). Zwar agieren mittlerweile *Tausende von Dachverbänden, Interessenvertreterinnen und Lobbyisten* auf europäischer Ebene, ihre Wahrnehmung und Unterstützung durch eine breite Öffentlichkeit bleibt jedoch ebenso wie die Nutzung mehrsprachiger Medienangebote sehr begrenzt. Die Europäische Kommission startete als Konsequenz aus der gescheiterten EU-Verfassung eine groß angelegte Kampagne für einen *Dialog mit der Zivilgesellschaft* und für mehr direkte Bürgerbeteiligung („Plan D für Demokratie, Dialog und Diskussion“²). Die zahlreichen digitalen Kommunikations- und Beteiligungsplattformen können jedoch ihrem Anspruch einer auch nur halbwegs repräsentativen Bürgerbeteiligung kaum gerecht werden oder verlieren sich gänzlich in der Bedeutungslosigkeit.



In einigen EU-geförderten „Partizipationsmodellen“ (z. B. VoicE, eCommittee u. v. a.) beteiligen sich lediglich eine Hand voll Bürger_innen an Abstimmungen über vorgegebene Fragen z. B. zum Verbraucherschutz und der Einführung von Produktkennzeichnungen. In dazugehörigen Online-Foren, in denen sie direkt mit Politiker_innen in einen „Dialog“ treten sollen, finden sich mitunter überhaupt keine Einträge oder ausschließlich diejenigen von etablierten Verbänden. Die Beteiligung an *offiziellen Konsultationsverfahren* der Kommission oder des Europäischen Parlaments setzt wiederum ein hohes Maß an Organisationsdichte und Professionalisierung voraus, die eben v. a. finanzstarke Lobbyisten, kommerzielle politische Beratungsunternehmen, aber auch einige etablierte NGOs realisieren können.

Die hohen Erwartungen an eine *Stärkung der Zivilgesellschaft* durch Formen partizipatorischer Demokratie, verankert in Art. 11, EU-Vertrag von Lissabon, wurden bislang weitgehend „entzaubert“. Beate Kohler-Koch und Christine Quittkat belegen diese These mit mehreren empirischen Studien (2011), in denen sie die Beteiligung von Firmen und Verbänden an Online-Konsultationen in Längsschnittstudien untersucht haben. Die Aufwertung starker Interessenvertreter geht vielmehr mit einem weiteren *Ausschluss von benachteiligten Gruppen* einher, die weder über Ressourcen, noch über die notwendigen Kompetenzen verfügen, ihre Interessen in transnationalen Kontexten zu artikulieren.

² http://europa.eu/legislation_summaries/institutional_affairs/decisionmaking_process/a30000_de.htm (Zugriff am 25.5.2012).

Artikel 11, EUV (Vertrag von Lissabon)

(1) Die Organe geben den Bürgerinnen und Bürgern und den repräsentativen Verbänden in geeigneter Weise die Möglichkeit, ihre Ansichten in allen Bereichen des Handelns der Union öffentlich bekannt zu geben und auszutauschen.

(2) Die Organe pflegen einen offenen, transparenten und regelmäßigen Dialog mit den repräsentativen Verbänden und der Zivilgesellschaft.

(3) Um die Kohärenz und die Transparenz des Handelns der Union zu gewährleisten, führt die Europäische Kommission umfangreiche Anhörungen der Betroffenen durch.

(4) Unionsbürgerinnen und Unionsbürger, deren Anzahl mindestens eine Million betragen und bei denen es sich um Staatsangehörige einer erheblichen Anzahl von Mitgliedstaaten handeln muss, können die Initiative ergreifen und die Europäische Kommission auffordern, im Rahmen ihrer Befugnisse geeignete Vorschläge zu Themen zu unterbreiten, zu denen es nach Ansicht jener Bürgerinnen und Bürger eines Rechtsakts der Union bedarf, um die Verträge umzusetzen.

Die Verfahren und Bedingungen, die für eine solche Bürgerinitiative gelten, werden nach Artikel 24 Absatz 1 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union festgelegt.

Dennoch ist die *Europäisierung des politischen Raumes* nicht allein durch eine Tendenz zur Entpolitisierung marginalisierter Bürger_innen gekennzeichnet. Zum einen formieren sich neue Protestkulturen, die maßgeblich von jungen Menschen, aber auch von vielen NGOs getragen werden. Zum anderen solidarisieren sich zunehmend Vertreter_innen von Minderheiten und benachteiligten Gruppen, die nicht zuletzt durch *Antidiskriminierungs- und Gleichstellungspolitiken der EU* in ihren Teilhaberechten gestärkt wurden (Heuss 2011). Insbesondere Deutschland hatte hier einen großen Aufholbedarf und benötigte mehrere Jahre, bis die EU-Vorgaben der Antidiskriminierungs-Richtlinien umgesetzt wurden. Auch in diesem Fall ist nicht die EU-Bürokratie das Problem und die Bremse für notwendige Reformen, sondern eher die nationalen Widerstände und das Festhalten an traditionellen Rollenbildern und Strukturen, die von Männern in Aufsichtsräten, dem deutschen Gymnasium oder auch durch ein Betreuungsgeld für Eltern aufrecht erhalten werden. (Aber dies wäre noch einmal ein anderes Thema ...)

Viele berechnete Forderungen nach einer weiteren *Demokratisierung* der EU, z. B. die weitere Stärkung des Europäischen Parlaments, scheitern nicht zuletzt auch an dem Dilemma, dass dies mit einem weiteren Abbau der Selbstbestimmungsrechte der Mitgliedstaaten einhergehen und damit eine Entwicklung in Richtung eines Europäischen Bundesstaates befördern würde. Eine *Parlamentarisierung* der EU und eine Beschneidung der nationalen Interessen zugunsten der Gemeinschaft ist (wie im Falle der EU-Verfassung) bislang häufig auch am Votum der Bürger_innen selbst gescheitert, (... zumindest in einigen Mitgliedstaaten, in denen sie gefragt wurden).

3 Eurokrise – Krise der Demokratie? Vom Bürgerprotest zur Bürgermacht

Am Beispiel der Eurokrise wird die *Verschiebung politischer Machtverhältnisse* in Europa zugunsten der Exekutiven und zugunsten des Einflusses von nichtstaatlichen Akteuren deutlich. Abgeordnete sind mitunter einem hohen Entscheidungsdruck ausgesetzt und in vielen Fragen (unvermeidlich) auch mit einem Informationsdefizit konfrontiert. Natürlich können im Jahr nicht hunderte Gesetze verabschiedet werden, ohne dass hier arbeitsteilig in Ausschüssen und unter Rückgriff auf externe Beratung Entscheidungen vorbereitet werden, wenn z. B. in derselben Woche Abstimmungen anstehen über: das Änderungsgesetz zum Gemeindefinanzreformgesetz, die Änderung des Telemediengesetzes, ein Gesetz zur Umsetzung einer EU-Richtlinie zur Änderung des Börsengesetzes, eine Änderung des Eisenbahngesetzes, u. v. a. Vorlagen, die mitunter mehrere 100 Seiten umfassen (vgl. Das Parlament, 5.3.2012).

Parlamentarier_innen benötigen externen Sachverstand, aber die Einflusswege dominanter Lobbyisten sollten natürlich nachvollziehbar sein. Externe *Beratung* kann jedoch nicht bedeuten, dass demokratische *Entscheidungen* und die *Kontrollfunktion* von Parlamenten an (ausgewählte oder selbst ernannte) Finanzexperten delegiert werden. *Mündige Bürger_innen* werden nur selten in der Lage sein, sich mit Positionen und Strategien vertraut zu machen, die selbst für Profis kaum durchschaubar sind. Allerdings verweist die Anmerkung Steinmeiers, dass er nicht genau verstehe, worüber er eigentlich abstimme, auf ein scheinbar triviales, aber sehr bedeutsames Merkmal jedweder politischer Entscheidung: Sie sind in ihren Auswirkungen *immer* ungewiss, da sie versuchen, *zukünftige* Entwicklungen zu steuern. – Natürlich sind die persönlichen Konsequenzen *nicht* ungewiss, sondern sehr real, ob man für 3,80 €, 8,50 € oder 400,- € pro Stunde seine Arbeitskraft verkaufen muss. Dennoch beruhen die *vermuteten* wirtschaftlichen und haushaltspolitischen Auswirkungen der Einführung von Mindestlöhnen, von möglichen Lohnobergrenzen oder von einer Finanztransaktionssteuer immer auf Prognosen und Gutachten.

Expertisen können jedoch – auch wenn sie von (vermeintlichen) *Wirtschaftsweisen* angefertigt werden – weder die Zukunft voraussagen, noch völlig interessenfrei erstellt werden. Politik bleibt immer ein Streit um Macht und die Durchsetzung von Interessen, und sie kann nicht auf eine Lösung von technischen Problemen reduziert werden. Deshalb können wir auch bei hoch-komplexen Fragen die *Entscheidungen* nicht an Experten delegieren. Die Bürger_innen müssen *selbst* entscheiden, bzw. ihre *gewählten* Repräsentanten weiterhin mit der notwendigen Macht und Unabhängigkeit ausstatten, damit diese dann auch für ihre Entscheidungen zur Verantwortung gezogen werden können. Wirtschaftsweisen stellen sich ebenso wenig wie der Bundesverband der Banken oder auch Greenpeace allgemeinen Wahlen.

Gleichzeitig gilt es, gerade aus der Perspektive der Politischen Bildung, mündige Bürger_innen nicht nur mit den Prinzipien der *parlamentarischen* Demokratie vertraut zu machen, sondern deren Legitimationsgrenzen und -defizite zu thematisieren. Die Akteure der Zivilgesellschaft spielen in der politischen Willensbildung eine unverzichtbare und immer wichtigere Rolle, nicht zuletzt auch um *Widerspruch zu üben* und politische Alternativen einzufordern. Natürlich berühren die Rettungsschirme und der geplante Fiskalpakt auch die Interessen von Schüler_innen, Azubis und Studierenden sowie von Arbeitnehmer_innen, die von den Folgen der Sparauflagen und verordneten Haushaltsdisziplin in besonderer Weise betroffen sind.

Die politische Integration Europas bleibt ein offener, konfliktreicher Prozess. Viele Menschen verbinden mit der Übertragung staatlicher Aufgaben auf eine supranationale Ebene nicht nur Hoffnungen auf bessere Problemlösungen, sondern auch Verunsicherung sowie Ausgrenzung und Entmündigung. Prozesse der Europäisierung bedeuten nicht nur einen Wandel von Staatlichkeit, sondern verändern erheblich die Lebens- und Arbeitsbedingungen sowie die Wege und Grenzen politischer Mitbestimmung. Ob Wirtschafts- und Finanzkrisen, die Krise der sozialen Sicherung, die Krise der Bildungsgerechtigkeit oder des gesellschaftlichen Umgangs mit Naturressourcen: Krisen sind Entscheidungssituationen. Kennzeichen für dramatische Wendepunkte sind nicht Ausweglosigkeit, sondern Alternativen. Krisenhafte Entwicklungen provozieren Widerspruch und Gegenbewegungen, sie eröffnen damit immer auch Optionen für gesellschaftliche Lernprozesse (Steffens 2010, 28f.). Der Defizit-Ansatz, der Bürger_innen als „Schwachpunkt unserer Demokratie“ (Patzelt 2009, 12) in den Blick nimmt, wird den *strukturellen Machtverschiebungen* in Europa sicherlich nicht gerecht. Bei zahlreichen Protestaktionen gegen Marginalisierung, die Folgen von Finanzkrise und Sozialabbau oder gegen neoliberale Bildungsreformen fordern die Menschen faire Teilhabechancen und mehr inhaltliche Mitwirkungsmöglichkeiten (Rudolf u.a. 2011). Sie fragen sich, auf welchen, häufig intransparenten Wegen politische Entscheidungen zustande kommen, welche gesellschaftlichen Interessen berücksichtigt werden und welche nicht.

Viele junge Europäer_innen haben aber selbst bereits *das neue liberale Bürgerleitbilder* verinnerlicht: der *flexible, mobile leistungsorientierte Selbstunternehmer*, der sich von einem Praktikum zum nächsten, von einer befristeten Stelle in Leipzig, auf die nächste in Mannheim und dann weiter nach Osnabrück, Kopenhagen oder Krakau bewirbt. In den mehr oder weniger prekären Karriereplanungen fehlen mitunter schlicht die Zeit, der Ort und die sozialen Beziehungen für öffentliches Engagement, wenn man in zehn Jahren fünfmal den Wohnort wechselt oder wenn man auch mit drei Mini-Jobs (oder mit einer tarifgebundenen Anstellung als Florist oder Friseurin) trotzdem noch Anträge auf Bildungs- und Beteiligungsgutscheine für die Kinder ausfüllen muss, weil das Einkommen nicht für den Sportverein oder die Musikschule reicht. Wahrscheinlich kommen Arbeitnehmer_innen mit befristeten Verträgen auch nur selten auf die Idee, als *Bildungsurlaub* z. B. ein Seminar der Politischen Bildung zu besuchen – oder gar einen *Betriebsrat* zu gründen.

Nicht nur Erwerbstätige und Erwerbslose, sondern bereits Grundschüler erleben die Konsequenzen eines verstärkten internationalen Wettbewerbsdrucks, der zum Umbau staatlicher Bildungs- und Sozialsysteme führt (Verkürzung der Schulzeit, an Beschäftigungsfähigkeit orientierte Bildungsstandards, internationale Leistungsvergleiche, Bologna, europäische Arbeitsvermittlungen etc.). Die Bedingungen politischer Sozialisation ändern sich grundlegend im Kontext *europäischer Vergesellschaftung* (Mau/Verwiebe 2009, 233ff.). Der Strukturwandel der Arbeit und der Umbau des Sozialstaates verändern ebenso nachhaltig die persönlichen Lebenschancen und die Gestaltungsmöglichkeiten innerhalb der global vernetzten Jugendkulturen.

Viele Menschen suchen neue Wege politischer Einflussnahme. Jedoch sind die Voraussetzungen sehr unterschiedlich und die Chancengleichheit politischer Mitbestimmung ist gerade bei transnationalen Problemen keineswegs gegeben. Wichtige Entscheidungen werden in Europa nicht allein von parlamentarischen Institutionen getroffen. Somit müssen auch in Bildungsprozessen die Rolle von nichtstaatlichen Akteuren kritisch analysiert und neue partizipatorische Handlungsräume ausgelotet werden. Die Frage des Demokratiedefizits stellt sich aber nicht nur auf der Ebene von Institution, Entscheidungen und Legitimationswegen. Politische Bildung muss hier v. a. auch die vorpolitischen, die sozialen und ökonomischen Voraussetzungen für gelungene oder verhinderte Partizipation in den Blick nehmen.

Von Bürgerprotesten zur „Bürgermacht“ (Roth 2011) oder zum „Aufbruch in eine neue Demokratie“ (Leggewie 2011) ist es sicherlich noch ein weiter Weg. Dieser Weg wird nur erfolgreich sein, wenn die Machtverhältnisse und die Hindernisse dabei ernst genommen und in Bildungsprozessen analysiert werden. Eine euphorische Werbung für (Pseudo)Beteiligungsprojekte und für ein neues „Zeitalter der Partizipation“ befördert eher noch Enttäuschungen und Politikverdrossenheit, als dass diese dadurch abgebaut werden können.

Literatur

- Alemann, Ulrich v./Eckert, Florian (2006): Lobbyismus als Schattenpolitik, in: APuZ 15-16/2006, S. 3-10
- Deutscher Bundestag (2011): Protokoll Nr. 17/48. Öffentliche Anhörung im Finanzausschuss zu „Zins-Swap-Geschäften deutscher Banken mit Gemeinden und mittelständischen Unternehmen“ am 6.4.2011 (www.bundestag.de/bundestag/ausschuesse17/a07/anhoerungen/2011/048/048-06_04_11-__A_Zins-Swap.pdf)
- Demirovic, Alex/Dück, Julia/Becker, Florian/Bader, Pauline (Hrsg.) (2011): VielfachKrise. Im finanzmarktdominierten Kapitalismus, Hamburg
- Eis, Andreas (2010a): Europäische Bürgerschaftsbildung. Die Neukonstruktion der Bürgerrolle im europäischen Mehrebenensystem, Schwalbach/Ts.
- Frech, Siegfried/Juchler, Ingo (Hrsg.) (2011): Bürger auf Abwegen? Politikdistanz und politische Bildung, Schwalbach
- Heuss, Herber (2011): Roma und Minderheitenrechte in der EU, in: APuZ 22-23/2011, 21-27
- Kohler-Koch, Beate/Quittkat, Christine (2011): Die Entzauberung partizipativer Demokratie. Zur Rolle der Zivilgesellschaft bei der Demokratisierung von EU-Governance, Frankfurt a. M./New York
- Leggewie, Claus (2011): Mut statt Wut. Aufbruch in eine neue Demokratie, Hamburg
- Leif, Thomas/Speth, Rudolf (Hrsg.) (2006): Die fünfte Gewalt. Lobbyismus in Deutschland, Bonn
- Mau/Verwiebe (2009): Die Sozialstruktur Europas, Konstanz
- Patzelt, Werner J. (1998): Ein latenter Verfassungskonflikt? Die Deutschen und ihr parlamentarisches Regierungssystem, in: Politische Vierteljahresschrift 39, S. 725-757.
- Patzelt, Werner (2009): Politikfern sind die Ahnungslosen, in: Kursiv 1/2009, S. 12-17
- Roth, Roland 2011: Bürgermacht. Eine Streitschrift für mehr Partizipation, Hamburg (Bonn: bpb Bd. 1229)
- Rudolf, René/Bischoff, Ringo/Leiderer, Eric (Hrsg.) (2011): Protest Bewegung Umbruch. Von der Stellvertreter- zur Beteiligungsdemokratie, Hamburg
- Schumpeter, Joseph. A. (1950): Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie, Bern 1950 (engl. 1942)
- Steffens, Gerd (2010): Braucht kritisch-emanzipatorische Bildung heute eine Neubegründung? Politische Bildung zwischen Selbstgenügsamkeit und Globalisierungskrise, in: Lösch, Bettina/Thimmel, Andreas (Hrsg.) (2010): Kritische Politische Bildung. Ein Handbuch, Schwalbach, S. 25-36

Internetseiten wichtiger NGOs und finanzmarktkritischer Netzwerke:

- www.attac.de
- www.banken-in-die-schranken.de
- www.finance-watch.org
- www.lobbycontrol.de
- www.mem-wirtschaftsethik.de/memorandum-2012
- www.solidarische-moderne.de